

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 23 / 43. Jg.

6. Juni 1930

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zustellungskatalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1.-Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktions-schluss: Montag. Fernruf: B 2, Lützow 5583.
Verlag: Johannes Hoff, Berlin W 9. - Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Belagen nach Übereinkunft. - *Zuschriften an die Expedition erbeten.* **Postverlagsort Schkeuditz**

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

WARNUNG.

Kundgebung der freien Gewerkschaften.

Das Pfingstfest ist nach christlichem Glauben die Ehrenzeit der Ausgiebung des heiligen Geistes. Zehn Tage nach der Himmelfahrt Jesu sei der heilige Geist der Liebe und der Barmherzigkeit über seine Jünger gekommen, um die Menschheit der Erlösung zuzuführen. Unsere Unternehmer, die die christliche Religion in Erbpacht genommen haben, lassen aber nichts von diesem Geiste spüren, obwohl gerade jetzt die richtige Zeit wäre. Denn Not und Elend peinigt die breiten Massen bis zur Verzweiflung. Die große Arbeitslosigkeit mit ihren Begleiterscheinungen hat Stimmungen erzeugt, die für Staat und Volk gleich verhängnisvoll werden müssen. Es ist also höchste Zeit, alle Kräfte mobil zu machen, um diesen Notzuständen ein Ende zu bereiten. Aber was tut Regierung und Unternehmertum? Statt Arbeit für die Arbeitslosen zu beschaffen, schreit man auf allen Gassen Lohnabbau. Und statt den Opfern der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die man nicht in lohnende Arbeit bringen kann, ausreichende Unterstützung zu geben, setzt die „Wirtschaft“ alles ein, den geringen Schutz der Arbeitskraft noch winziger zu machen. Ein Ansturm der Reaktion auf die Löhne und sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft hat eingesetzt, der alles bisher Dagewesene überbietet. Die allergrößten Kämpfe müssen die Folge sein, wenn nicht zuletzt Vernunft doch noch die Oberhand behält. Denn säen die Reaktionäre aller Schattierungen Wind, werden sie den Sturm der Arbeiterklasse ernten.

Regierung und Unternehmertum noch einmal zu warnen, den Bogen der Arbeiterbedrückung nicht allzu stark zu überspannen, hatten die Bundesausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes zu einer gemeinsamen Tagung am 30. Mai nach dem Plenarsaal des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates eingeladen. Kollege Franz Spliedt, der Leiter der Sozialpolitischen Abteilung des ADGB, sprach als Referent für den Schutz der Arbeitskraft.

„Die außerordentlichen Etatschwierigkeiten, in denen sich Reich, Länder und Kommunen befinden, bilden zur Zeit den erwünschten Anlaß, einen Generalangriff gegen die Einrichtungen der deutschen Sozialpolitik durchzuführen. Zu untersuchen ist daher die Behauptung, ob in der Tat die Sozialpolitik Ursache der gegenwärtigen Finanznot des Reiches ist und ob durch einen Abbau der Sozialpolitik eine Sanierung der öffentlichen Wirtschaft und gleichzeitig eine Belebung der Volkswirtschaft erzielt werden kann.

Da die Angriffe sich in erster Linie gegen die deutsche Sozialversicherung richten und eine Einschränkung dieser sozialen Leistungen verlangen, seien zunächst die Verhältnisse innerhalb der Sozialversicherung, besonders diejenigen innerhalb der im Mittelpunkt des Kampfes stehenden Arbeitslosen-

versicherung noch einmal geschildert. Wenn die Arbeitslosenversicherung mit einer Verschuldung gegenüber dem Reich von fast 800 Millionen heute in der Tat zu einer der schwersten Belastungen des Reichsetats geworden ist, so ist dafür weder eine falsche Konstruktion der Versicherung, noch ein unrationell arbeitender Verwaltungsapparat, noch ein ins Gewicht fallender Mißbrauch der Leistungen, sondern ausschließlich die furchtbare Arbeitslosigkeit verantwortlich. Diese Lasten zu tragen, ist die vornehmste Pflicht des Staates, solange die Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch Aufnahme der Arbeitssuchenden in die Wirtschaft nicht gelingt. An dieser Notwendigkeit kann durch keinerlei Reform Wesentliches geändert werden; daher können auch keinerlei Reformen wesentliche finanzielle Entlastungen zur Folge haben. Auch die Beschlüsse, die der Vorstand der Reichsanstalt gegen die Stimmen der maßgebenden Gewerkschaften gefaßt hat, können diesen Erfolg nicht haben. Sie müssen aber andererseits gegenüber der verhältnismäßig geringen erhofften Ersparnis von etwa 100 Millionen Reichsmark eine berechnete Empörung in der gesamten, von ihnen betroffenen Arbeiterschaft auslösen. Nicht auf dem Wege kleinlicher und schikanöser Beschränkungen der Leistungen, sondern nur auf dem Wege gesunder und auf lange Sicht angelegter Arbeitsmarktpolitik kann eine wirkliche Entlastung erzielt werden. Dagegen kann heute und wahrscheinlich auf absehbare Zeit hinaus auf eine umfassende Versorgung der Arbeitslosen, die insbesondere eine Ausdehnung der Krisenunterstützung auf alle Berufe und auf die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit in sich schließt, nicht verzichtet werden.

Irrig ist auch die Auffassung, daß die zur Durchführung der Arbeitslosenunterstützung notwendigen Mittel durch den Abbau sonstiger Sozialleistungen, insbesondere derer der Krankenversicherung, eingespart werden könnten. Ziel der auch von uns als notwendig anerkannten organisatorischen Reform der Krankenversicherung kann nur die gesteigerte Wirksamkeit und Leistungsfähigkeit dieser Versicherung, niemals aber die Beschränkung ihrer Leistungen sein.

Mit dem Kampf um den Abbau der sozialen Leistungen verbinden sich, und zwar nicht zufällig, die Angriffe des Unternehmertums auf das Lohnniveau des deutschen Arbeitnehmers. Niemals werden die Gewerkschaften anerkennen, daß eine weitere Verminderung der Massenkaukraft gerade der deutschen, vornehmlich auf den Inlandmarkt angewiesenen Wirtschaft einen gesunden Antrieb geben könnten. Der Kampf um die Sozialversicherung und der Kampf um den Lohn verfolgen beide das gleiche Ziel: Bei der Verteilung der inneren Lasten in Deutschland den Lebensstandard des deutschen Arbeitnehmers zu senken. Demgegenüber erklären

die Gewerkschaften rechtzeitig und deutlich in aller Öffentlichkeit, daß sie solchen Versuchen den feierlichen Protest und die ganze Widerstandskraft der deutschen Arbeitnehmerschaft entgegenstellen werden.“

Gegen wirtschaftliche Katastrophenpolitik nahm Kollege Eggert, der Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung des ADGB, wie folgt Stellung:

„Wenn von der katastrophalen Wirtschaftslage gesprochen wird, so darf dieses Urteil nicht unbedenken hingegenommen werden. Es ist ein Unterschied zu machen zwischen der Lage auf dem Arbeitsmarkt, die tatsächlich katastrophal ist, und der Entwicklung der Unternehmungen, die im Durchschnitt die gleichen Mengen produzieren wie in den Vorjahren und die gleichen Dividenden verteilen konnten. Während also die Arbeitskraft brach lag, ist bei den Unternehmungen nur eine Stockung eingetreten.

Die Ursachen der augenblicklichen Krise sind die oft falschen Rationalisierungsmaßnahmen, die Zollpolitik, die Preispolitik der Kartelle und besonders die rücksichtslose Drosselung der Auslandskredite.

Die von den Unternehmern vorgeschlagene Lohnsenkung würde bedeuten, daß die Kaufkraft des Binnenmarktes, der mehr als vier Fünftel der deutschen Produktion aufnimmt, geschwächt würde. Wie kann man überhaupt von einer Senkung der Löhne in einem Augenblick sprechen, in dem die Regierung sich bemüht, die Lebensmittelpreise in die Höhe zu treiben? Die Gewerkschaften verlangen im Gegenteil Preissenkungen, um die verminderte Kaufkraft wieder anzuregen. Wenn diese Preissenkungen zu einer zeitweiligen Verringerung der Rentabilität führen, so ist das volkswirtschaftlich gerechtfertigt. In Notzeiten muß eben die Kapitalbildung hinter der Forderung nach Stärkung der Kaufkraft zurücktreten. Das fehlende Kapital ist vom Auslande hereinzuholen.

Die dürftige Lebenshaltung der Erwerbslosen muß trotz der augenblicklichen Krise sichergestellt werden. Die Gewerkschaften haben schon vor Monaten ein Notopfer vom Besitz und Vermögen gefordert. Freilich schaffen Steuern keine neue Kaufkraft, aber sie lenken die Kaufkraft an die gefährdetsten Punkte und können daher, planmäßig angewendet, eine Wirtschaftsbelebung in die Wege leiten. Die Regierung hat die Pflicht, planmäßige Konjunkturpolitik zu treiben und insbesondere eine Stärkung des Baumarktes zu erstreben.“

Der Redner schloß mit den Worten:

„Her mit einem auskömmlichen Notopfer auf Besitz und Einkommen zur Sicherstellung der Erwerbslosenunterstützung! Her mit einem allgemeinen Preisabbau! Her mit einer vernünftigen Konjunkturpolitik der Auftragsbehörden! Die Not ist groß. Die Stunde mahnt. Alle Verantwortlichen mögen sich be-

wußt sein: Es geht ein Schrei durch das Volk: Verantwortliche, gebt Arbeit!"

Anschließend an die Referate sprach Reichsarbeitsminister Stegerwald. Nach einer Betrachtung der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse betonte er, daß die Beschaffung von Arbeit sehr schwierig sei. Um 2 Millionen Arbeitslose normal beschäftigen zu können, seien an 6 Milliarden Mark notwendig. Diesen Betrag könne gegenwärtig keine Regierung beschaffen. Trotz dieses Eingeständnisses war aber nichts davon zu hören, an den bisherigen Leistungen der Arbeitslosenversicherung nicht rütteln zu lassen. Im Gegenteil: Alle Verschlechterungsabsichten blieben offen.

Die folgenden Diskussionsredner unterstrichen nochmals die Not der Arbeitslosen und warnten dringend, die Arbeitslosen nicht zur Verzweiflung zu treiben. Der Sprecher der Angestellten betonte die geschlossene Front der Angestellten und Arbeiter gegen jeden Abbau der Sozialgesetzgebung. Jedes Abwehrmittel müsse in Dienst genommen werden, um die reaktionären Bestrebungen des Unternehmertums abzuweisen.

Im Schlußwort faßte Kollege Graßmann noch einmal zusammen, um was es geht. Die Gewerkschaftsforderungen sind bekannt. Jetzt komme es nicht darauf an, eine neue Entschliebung zu fassen, sondern alle Kräfte zu vereinigen. In den kommenden Stürmen werde die Arbeiterschaft eine harte Nervenprobe zu bestehen haben, aber die Gewerkschaften seien entschlossen, den harten Kampf mit allen Mitteln zu führen.

Die begeisterte Zustimmung bezeugte den Kampfeswillen der freien Gewerkschaften, allen reaktionären Bestrebungen entschiedensten Widerstand zu leisten. Die Kundgebung war so eine Warnung, den Bogen nicht zu überspannen. Die Arbeiterschaft fürchtet den Kampf nicht! Sie wird ihn führen, wie sie schon viele Kämpfe geführt hat. Die Hauptsache ist: eine unerschütterte, starke Front. Das ergibt von selbst die Schlußfolgerung: Stärkt die Gewerkschaften! Starke Gewerkschaften sind der beste Schutz gegen alles reaktionäre Unternehmertum!

Nur Arbeitszeitverkürzung? . . .

Die Not schreitet durch das Land. Das Wirtschaftsbarometer zeigt auf Krisen und als fühlbare Bestätigung folgen Entlassungen, Stilllegungen, Pleiten, rasch hintereinander und lösen ungezählte Massen aus dem Produktionsgetriebe, die dann täglich zur großen Armee der „Stempelbrüder“ stoßen. „Wer hilft uns aus dieser Not?“ Diese Frage wird von Hunderttausenden gestellt und nicht nur von denen, die mit ihren Familien auf die Einkünfte aus der Arbeitslosenversicherung oder aus der öffentlichen Fürsorge angewiesen sind. Auch den Anbetern der „göttlichen“ Wirtschaftsordnung, wie sich gern das kapitalistische System nennt, wird es immer bänger und bänger und aus allen Ecken erheben ungelöste Rätsel fragend ihre Augen. Hauptsächlich den Kleinbetriebern und den finanzschwachen Mittelbetriebern wird in der Jetztzeit ein Anschauungsunterricht über die Vorzüglichkeit der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erteilt, der an Deutlichkeit keinen Wunsch offen läßt. Kluge Menschen, volkswirtschaftlich orientierte und befähigte Hirne mühen sich ab, aus den Widersprüchen dieses Systems einen Ausweg zu finden. Ihr Tun wird und muß vergeblich sein, weil die Widersprüche dieses Systems die Voraussetzungen darstellen, daß es überhaupt besteht. Daraus ergibt sich, daß die Schäden dieser Wirtschaftsordnung nur verschwinden können mit ihrer Ablösung, also mit ihrem Sturz. Man sollte nicht glauben, daß diese einfache, fast banal wirkende Feststellung von der übergroßen Mehrheit der unter dem gegenwärtigen Wirtschaftssystem Schaffenden und Leidenden nicht erkannt wird. Wie viele glauben, um nur ein Beispiel anzuführen, das auch für unsere Kreise zutrifft, daß sie mit der Erwerbung der Mitgliedschaft einer freien Gewerkschaft das erfüllt haben, was von ihnen die Wahrnehmung des Klasseninteresses im Gegenwartsstaat erfordert. Es kommt den meisten fast nicht in den Sinn, daß sie vor allen Dingen die Verpflichtung haben, nachzuprüfen, ob sie mit ihren privaten Handlungen nicht bewußt oder unbewußt die Geschäfte ihres wirtschaftlichen und politischen Klassengegners besorgen, den zu bekämpfen doch ihr Wille ist, wenn die Zugehörigkeit zu einer freien Gewerk-

schaft überhaupt einen Sinn haben soll! Mit was für einer naiven Selbstverständlichkeit werden z. B. die politischen Tageszeitungen des Gegners gelesen, der dadurch Gelegenheit erhält, Tag für Tag in offener und versteckter Art die Heilslehren des kapitalistischen Systems an den Mann zu bringen. Die wenigsten merken es, wie diese tägliche Beeinflussung langsam aber sicher von ihrem geistigen Denken Besitz ergreift und auf ihre Haltung bestimmend einwirkt. Sie merken nicht, wie sorgsam diese geistige Kost ausgewählt ist, um in möglichst rascher Zeit das Denken des einzelnen in der gewollten Richtung zu bestimmen. Sie merken auch nicht, daß, wenn sie selbst von diesem System gepackt und geschüttelt werden und wenn die Nackenschläge von Jahr zu Jahr immer heftiger und empfindlicher erfolgen, ihr Widerspruch nicht in offene Feindschaft gegen dieses System ausmündet, sondern in fatalistischen Betrachtungen, die meist zu dem geistreichen Schluß führen: daß wir halt wieder einmal schlechte Zeiten haben und daß daran nichts zu ändern ist. Das Lesen der kapitalistischen Presse aller Schattierungen ist aber leider nicht die einzige Handlung, die im Interesse unserer natürlichen Gegner liegt. Die Notwendigkeit, die schaffenden Menschen davon abzuhalten, ihre wirtschaftlichen Interessen zu erkennen und sie rücksichtslos und mit Stetigkeit zu vertreten, liegt für die Befürworter des kapitalistischen Gegenwartsstaates so offen zutage, daß die Versuche zur Erreichung dieses Zieles in der mannigfaltigsten Form unternommen werden. Zu diesem Kapitel gehört mit, die offene und versteckte Unterstützung der ganzen bürgerlichen Vereinsmeierei, die sich vor allen Dingen dahin auswirken soll, einen beachtlich großen Teil der Erwerbstätigen von der politischen Schulung und Erziehung abzuhalten, um sie dem Indifferentismus in die Arme zu treiben. Wie wenig wird doch erkannt, daß es eben dieser Indifferentismus in Verbindung mit einem großen Leserkreis der sogenannten bürgerlichen und der noch schlimmeren „neutralen“ Presse ermöglicht, daß unsere wirtschaftlichen und politischen Gegner bei öffentlichen Wahlen aller Art immer noch entscheidende Erfolge davontragen! Mühten sich die Befürworter dieses Wirtschaftssystems bei den Wahlen zu den politischen Körperschaften nur stützen auf die Angehörigen ihrer Organisationen oder gar auf die eigentlichen Nutznießer dieser Wirtschaftsordnung, dann würden die Mehrheitsverhältnisse in den Parlamenten ganz anders liegen und die Interessenwahrnehmung für die Werktätigen wäre viel erfolgreicher. Das wissen auch unsere Gegner nur zu gut! Darum Ablenkung der Schaffenden durch die bürgerliche Sport- und Sensationspresse, Ablenkung durch Unterstützung bürgerlicher und „neutraler“ Vereine aller Art, bei welcher Übung die betrieblichen Werk-Sportvereine besonders bevorzugt werden, um dann bei Wahlen und anderen Vorkommnissen ein in der Menge ausschlaggebendes, aber urteilsarmes Menschenmaterial vor sich zu haben. Dann folgt bis zur vollziehenden Tat durch Lügen und Verleumdungen, durch Demagogie in der vollendetsten Form der Generalangriff und, wie Figura zeigt, haben diese Methoden bis zum heutigen Tage, immer noch zum Erfolg geführt. Wer das bezweifelt, betrachte sich die Taten der gesetzgebenden Körperschaften bürgerlicher Couleur in Reich, Land und Kommune, die gerade in der Jetztzeit von einer so schonungslosen, gegen die Interessen der Schaffenden gerichteten Politik Zeugnis geben, so daß dazu wirklich nichts hinzugesetzt zu werden braucht. Daß man es bei dieser Beeinflussung hauptsächlich auch auf die Jugendlichen abgesehen hat und sie in der demagogischsten Art umhüllt und umschmeichelt, ist ebenso wahr. Der Zulauf zu den „Nazis“, also zu jener Mischung von geistiger Unterernährung und geschwollener Phraseologie, ist auch ein sichtbares Zeichen dieser „Erziehung“. Im allgemeinen kann sich jeder Kollege einmal an seiner Produktionsstätte selbst von den Erfolgen solchen Tuns überzeugen und zwar sowohl bei den Jungen als auch bei den Alten. Befragt derartig orientierte einmal über die erfolgreichsten Rennpferde, über die Namen der „Weltmeister“ im Boxen, im Ringen, auf der Zementbahn, befragt sie über die Aussichten irgendeines Vereins bei dem Pokalkampf oder beim Austragen eines Fußballturniers, und die meisten werden reden hemmungslos, begeistert, flüssig und mit Mimik, die eine Teilnahme des gesamten Innenlebens erkennen läßt. Befragt sie dann anschließend über eine einfache Sache aus dem Arbeitsrecht, aus dem Tarifrecht oder über politische Dinge, die sie an erster Stelle angehen, weil sie die Grundlagen ihrer Existenz bilden und ihr werdet sehen, daß die meisten schweigen werden wie das Buch mit den bekanntesten sieben Siegeln. — Die wenigen Zielbewußten, die Antwort geben könnten, sind die Pioniere der Bewegung und befinden sich immer noch in der Minderheit. Dafür gehen aber die anderen hin und schimpfen, wenn bei den Tarifverhandlungen keine Lohnzulagen erreicht wurden, wenn es auch im Laufe dieses Jahres keine längeren Ferien gibt und wenn zur Steuerung der Arbeitslosigkeit keine Arbeitszeitverkürzung erreicht wurde. An das

letztere denken derartige Europäer aber meistens nur dann, wenn sie selbst davon betroffen sind. Dieselben sind vielleicht auch einmal dabei, wenn eine neue Tagesparole fabriziert wird, und wenn es z. B. heißt: „Her mit der 5-Tage-Woche!“ Sie merken aber auch bei dieser Gelegenheit nicht, daß sie selbst das größte Hindernis mit sind, da der Verwirklichung solcher notwendigen und zeitgemäßen Forderungen im Wege steht.

Und die Folgerung: Aufklärung und immer wieder Aufklärung! An jedem Ort ist Gelegenheit dazu und jede Zeit muß uns gerade recht sein. Wie notwendig das ist und was für uns auf dem Spiele steht, deutete ich vorstehend an; und was meinen Worten vielleicht an Beweiskraft abgehen sollte, das wird reichlich ersetzt durch den furchtbaren Anschauungsunterricht in der gegenwärtigen Krise mit ihrer Not und ihrem Elend und durch das Verhalten der Unternehmer mit ihren Lohnabbauanträgen, ihrer kaum noch zu verantwortenden Ausbeutung der Arbeitskraft und der dadurch zum Ausdruck gebrachten und gewollten Steigerung der Arbeitslosigkeit. Die Forderung ist also nicht nur: „Runter mit der Arbeitszeit!“ sondern sie setzt voraus, begriffen zu haben, daß diese Forderung gleichzeitig eine der schärfsten Kampfansagen an das System bedeutet! *Arbeitszeitherabsetzung im Rahmen des kapitalistischen Systems braucht nämlich durchaus nicht identisch zu sein mit der Freimachung von Arbeitsstellen für Arbeitslose!* Mit einer schwer erkämpften Herabsetzung der Arbeitszeit haben wir trotz alledem noch das kapitalistische Wirtschaftssystem und dieses System wird alles daransetzen, durch noch bessere Maschinen, durch noch raffiniertere Arbeitsmethoden, durch noch größere Formate und durch allerhand andere Möglichkeiten zu erreichen, daß die erzeugte Herabsetzung der Arbeitszeit keinem Produktionsausfall gleich kommt. Da uns aber eine herabgesetzte Arbeitszeit nichts nützt, wenn die erzeugte Gütermenge die gleiche bleibt und wenn wir trotz herabgesetzter Arbeitszeit die gleiche Zahl der Arbeitslosen haben, darum gilt es zu begreifen, daß es mit einer Herabsetzung allein nicht getan ist. *Eine Herabsetzung der Arbeitszeit hat nur dann Zweck und führt nur dann zum gewünschten Ziele, wenn sich in gleichem Ausmaß bei zumindest gleichbleibendem Lohn die bisher erzeugte Gütermenge mit senkt!* Ein solches Beginnen greift aber dem herrschenden Wirtschaftssystem ans Herz und deswegen muß jeder, der es ernst meint mit solchen Forderungen, den Mut haben, sich mit seiner ganzen Person und seiner ganzen Überzeugung einzustellen gegen das System! Das kann man aber bestimmt nicht, wenn man noch mit einem Teil seiner Handlungen im Lager des Gegners steht! Ehrlicher und überzeugter Kampf für die Herabsetzung der Arbeitszeit im Interesse der Arbeitslosen bedeutet also nicht nur gedankenloses Nachplappern einer an sich richtigen Tagesparole, sondern der Kampf um die Arbeitszeit, um es noch einmal zu sagen, bedeutet an erster Stelle wirtschaftlich und politisch gesehen, den unerschrockenen und unerbittlichen Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung und die Ziehung aller sich daraus ergebenden Konsequenzen.

Das wieder einmal in den Vordergrund zu stellen, erschien mir angesichts der gegenwärtigen außerordentlichen Zeit mit ihren vielgestaltigen Parolen und angesichts der damit nicht immer in Übereinstimmung zu bringenden Haltung eines Teiles auch unserer Kollegen wirklich notwendig.

Argus.

Lohn und Miete

Durch die Unternehmerzeitungen geht eine Berechnung, daß eine Erhöhung der Miete um 10 Proz. bei den kleinen Einkommen nur den geringen Satz von 0,95 Proz. des Lohnes ausmacht, bei Jahreseinkommen über 2500 bis 3000 RM. nur gar 0,84 Prozent, also von einer Reichsmark Lohn oder Gehalt nicht einmal einen ganzen Pfennig. Wir gehen wohl nicht einmal, wenn wir diese Notiz als einen ersten Fühler betrachten, der ausgestreckt wird, um zu erkunden, ob gegen eine derartige Erhöhung der Mieten viel Einspruch erhoben wird? Trifft diese Vermutung zu, dann dürfte in nächster Zeit eine Flut solcher und ähnlicher Notizen durch die gesamte Unternehmerrpresse und der dazu gehörigen „Generalanzeiger“ gehen, um auf diese Art und Weise einen neuen Raubzug auf die Taschen aller Kleinverdiener vorzubereiten. Darum gilt es schon den ersten Regungen dieser Art entschieden entgegenzutreten. Es bedarf wohl keiner besonderen Beweisführung, daß die große Masse der Arbeiter heute nicht in der Lage ist auch nur den kleinsten Lohnanteil weiter zu opfern, ohne sich diese neue Mehrausgabe vom Munde abzudrücken. Warten wir erst einmal ab, bis die Millionen von Arbeitslosen untergebracht und die Millionen von Feierschichten aufgehört haben! In der heutigen Zeit die schmale Basis des Lohnes für Ernährung und Kleidung noch zu schmälern, wäre ein Verbrechen an der Volksgesundheit und Volksgesamtheit! Wahrscheinlich will man die von der preußischen Regierung genehmigte Erhöhung von 4 Proz. als Anlaß nehmen eine weitere Erhöhung auf der ganzen Linie eintreten zu lassen.

DIE GENOSSENSCHAFT

Der Kampf gegen die Konsumgenossenschaften

Es sind schon über achtzig Jahre vergangen, seitdem arme Flanellweber, deren Tat unter der Bezeichnung „Die redlichen Pioniere von Rochdale“ in der Geschichte weiterlebt, ihre erste genossenschaftliche Verteilungsstelle eröffneten. Wenn auch die größten Hoffnungen gesetzt wurden, so ahnte doch niemand den Stand voraus, den die Konsumgenossenschaft im Laufe der Entwicklung erreichen konnte. Die gesamte Welt jenseits des Arbeiters, und im engeren Sinne jenseits der wenigen Gründer, hatte für solche Versuche nur Hohn und Spott. Wie die Geschichte dieser Bewegung erzählt, schüttelte sich die ganze Kröten-gasse, in der die erste bescheidene Verteilungsstelle eröffnet wurde, vor Lachen. Die von den Krämer aufgezetzten Gassenjungen schrien im Chor: „Hurra, die Weber haben einen Laden eröffnet, die Weber sind verrückt geworden“. Trotz dieser Mißachtung und Anfeindung hat der Genossenschaftsgedanke innerhalb der Arbeiterschaft Foden gefunden, und die Genossenschaften konnten von Jahr zu Jahr an Bedeutung gewinnen. Die geistigen Väter des damaligen Lachens haben inzwischen den Mut für solche Scherze verloren. Sie haben gelernt, daß die Konsumgenossenschaft für sie eine ernste Gefahr bedeutet, durch die jeder Krämer heute seine Existenz gefährdet sieht.

Die Gründung der Konsumgenossenschaften fällt in eine Epoche, in der sich mit aller Schärfe die Auswirkungen der freien Wirtschaft bemerkbar machten. Unter dem Prinzip der freien Konkurrenz trat der Kapitalismus seinen Eroberungszug um die Welt an. Seine Theorie, der Liberalismus, hatte auch für den Verbraucher ein Loblied über den Segen der kapitalistischen Wirtschaft erfunden. Die Lehre sagt, daß durch die freie Konkurrenz zugunsten der Verbraucher die günstigsten Marktpreise erzielt würden. Die freie Wirtschaft beschränkt nicht die Zahl der Produzenten. So erscheinen auf dem Markt viele Warenverkäufer, die um den Verbraucher ringen. Durch die freie Konkurrenz drücken sie gegenseitig die Preise herunter, und der lachende Dritte ist der Verbraucher. Man braucht also keinen Staat oder eine andere Macht, die zum Schutze der Käufer Höchstpreise festsetzt, da die freie Konkurrenz die beste Einrichtung zum Schutze des Verbrauchers ergibt.

Daß dieser Idealzustand nichts anderes war als eine falsche Theorie, beweist schon die Tatsache der Genossenschaftsgründung, die in die Blütezeit der freien Konkurrenz fällt. Von dem Segen für den Verbraucher haben zum mindesten die Arbeiter nichts empfunden. Wir wissen von der grenzenlosen Ausbeutung aus der ersten Epoche kapitalistischer Wirtschaft. Aber neben der Ausbeutung im Produktionsprozeß fielen jenseits der Fabrik neue Ausbeuter über den Arbeiter her, unter denen der Krämer nicht die letzte Stelle einnahm. Eine große Schicht von Kleinhändlern, von denen jeder auch beim geringsten Umsatz verdienen wollte, mußte die Waren gewaltig verteuern. Aus dieser Misere sollten die Genossenschaften den notleidenden Arbeiter helfen. Und sie halfen. — Die Konsumgenossenschaft ist eine Verbraucherorganisation, mit dem Zweck, ihre Mitglieder mit guten Waren zu billigstem Preise zu versorgen. Wege zu diesem Ziel ist weitgehende Ausschaltung des kostspieligen Zwischenhandels, und soweit trotz der verbilligten Preise Gewinne erzielt werden, eine Rückerstattung an die Mitglieder. In ihrem Aufbau stehen die Genossenschaften den kapitalistischen Unternehmen fern. Der Kapitaleinsatz, Geschäftsanteil, ist in einer Höhe gehalten, daß jeder Arbeitende der Genossenschaft beitreten kann. Auch die Gewinnverteilung ist nach anderen Grundsätzen geregelt als es in der bestehenden Wirtschaft üblich ist. Während dort die Höhe des eingelegten Kapitals den Gewinnanteil bestimmt, hängt in der Genossenschaft die Rückvergütung vom erzielten Umsatz ab.

Die Genossenschaften haben sich im Laufe der Jahre eine gewaltige Organisation geschaffen. Um dem Ziele näher zu kommen, möglichst große Mengen einzukaufen, schufen die einzelnen Genossenschaften eine gewaltige Überorganisation, die Großeinkaufsgesellschaft (GEG.), die überall in Deutschland Niederlassungen besitzt. Neben der Warenbeschaffung unterhält die GEG. eine große Anzahl von Eigenbetrieben, in denen wichtige Verbrauchsgüter zu günstigen Preisen erzeugt werden. Der Umsatz der Genossenschaften, über dessen Höhe auch in unserer Presse laufend berichtet wird, steigt von Jahr zu Jahr. Ungefähr ein Fünftel der deutschen Bevölkerung wird heute schon durch die Genossenschaften versorgt. Trotzdem dieses eine zu beachtende Leistung ist, zeigt diese Angabe gleichzeitig, welche Aufgaben dieser Bewegung noch bevorstehen. Damit soll kurz der Zweck der Konsumgenossenschaft skizziert sein. Sie ist ein Hauptteil der modernen Arbeiterbewegung, mit der speziellen Aufgabe, von der

Seite des Verbrauchers aus dem Kapitalismus Machtgebiete zu entreißen.

Die Genossenschaften haben ihren gegenwärtigen Besitz ohne Hilfe fremden Kapitals aufgebaut. Auch über die vergangenen Krisenjahre hat sich die Genossenschaftsbewegung mit eigener Kraft hinweggeholfen, während die kapitalistische Wirtschaft vielfach Unterstützung beanspruchte. Auch der Staat warf der Wirtschaft manche Geschenke in den Rachen oder gab ihr andere Begünstigungen. Die Genossenschaften haben bis jetzt noch keine Hilfe verlangt, auch vom Staate nicht. Dagegen haben sie ehrlich und redlich gewaltige Summen an Steuern abgeliefert, während viele private Betriebe wegen Steuerhinterziehung erfaßt werden. Angesichts dieser Tatsache dürften die Genossenschaften zum mindesten vom Staate verlangen, nicht schlechter behandelt zu werden, als andere Kreise. Aber die gegenwärtige Rechtsregierung zeigt in ihrer unsozialen Innenpolitik eine besonders genossenschaftsfeindliche Schuler. Verschiedene entscheidende Abstimmungen im Reichstag schälten die Mittelstandparteien als Zünglein an der Waage heraus, und zeigten, daß das Schicksal der jetzigen Regierung von der Gunst dieser Schicht abhängt. Um sich die Gunst dieser Kreise zu erhalten, mußten Konzessionen gemacht werden. Was lag den Kleinhändlern nun näher als der große Schlag gegen die großen Geschäfte, vor allem gegen die Konsumgenossenschaft. Ihre Errungenschaft war die erhöhte Umsatzsteuer, von der die Klein Händler ausgenommen sind. Der Staat wurde somit zum Werkzeug verbraucherfeindlicher Interessen. Die Genossenschaften werden durch diese gesetzliche Maßnahme mit mehreren Millionen neu belastet, was wieder, da der Großteil ihrer Mitglieder Arbeiter sind, als eine unsoziale Maßnahme gegen die Arbeiterschaft gewertet werden muß.

Das zähe Existenzringen der Kleinhändler muß jedem Arbeiter vor Augen führen, daß diese Schicht niemals zum Wohle des Verbrauchers wirken kann, sondern nur nackte Standesinteressen vertritt.

Die von den Genossenschaften geführten Statistiken zeigen, daß von den bereits gewerkschaftlich organisierten Arbeitern nur ein Teil den Genossenschaften angehören. Diese Feststellung bestimmt, wo für die Bewegung das Feld besonderer Werbearbeit liegt. Der in diesem Monat stattfindende Genossenschaftstag wird sich, neben der Beratung von Abwehrmaßnahmen gegen die Sonderbelastung, auch mit den Mitteln einer großzügigen Propaganda beschäftigen müssen.

Die Zeit spricht für die Genossenschaftsbewegung. Jeder Gewerkschafter sollte baldigt den Schritt zu den Genossenschaften wagen, denn dieser liegt nur in seinem eigenen Interesse. Nur so werden die unsinnigen Angriffe abgeschlagen, und der begonnene Kampf gegen die Genossenschaften wird mit einer vernichtenden Niederlage der Angreifer enden. *Prolet.*

Ein konsumgenossenschaftliches Großunternehmen

Der kürzlich erschienene Geschäftsbericht der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine (Hamburg) über das Jahr 1929 gewährt einen interessanten Einblick in die geschäftliche Entwicklung des vielseitigen Wirtschaftsunternehmens der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, denen es gehört. Kein kapitalistischer Konzern, sondern ein wirtschaftliches Kraftzentrum, das die genossenschaftlichen Verbrauchergenossenschaften zum alleinigen Nutzen der ihnen angeschlossenen Familien zuzusagen aus dem Nichts geschaffen und entwickelt haben. Der objektive Volkswirtschaftler sieht mit Bewunderung, die konsumvereinsfeindlichen Wirtschaftsparteiler der Händlerorganisationen aber mit Haß und Neid auf diese Schöpfung der genossenschaftlichen Selbsthilfe.

Der Gesamtumsatz des Unternehmens (der Kürze halber GEG. genannt, welche Buchstaben auch das geschützte Warenzeichen der Gesellschaft darstellen) betrug im Jahre 1929 über eine halbe Milliarde: 501 378 122 RM. (1928: 444 371 664, 1927: 373 041 885 RM.). Von diesen Umsätzen entfallen auf die Handelsabteilungen 377 498 652 RM. (1928: 339 651 157, 1927: 309 904 395 RM.), auf die eigenen Produktionsbetriebe 123 879 470 RM. (1928: 104 720 506, 1927: 63 137 490 RM.). Die Zahlen zeigen von Jahr zu Jahr gewaltige Fortschritte, und insbesondere interessant ist das Anwachsen der genossenschaftlichen Gütererzeugung. Denn ihr Anteil am Gesamtumsatz ist gewachsen von 16,93 Proz. (1927) auf 23,57 Proz. (1928) und von da auf 24,71 Proz. (1929). Daß nahezu ein Viertel des Gesamtumsatzes auf die eigene Gütererzeugung entfällt, ist eine Tatsache von wichtigster volkswirtschaftlicher Bedeutung. Denn sie enthält die tatsächliche Möglichkeit der Regelung

der Produktion auf die Grundlage der genossenschaftlich organisierten Bedarfsdeckung; sie enthält ferner das stärkste Element zur Kontrolle und Regulierung der Warenpreise in der Privatwirtschaft und damit zugleich den einzigen Widerstandsfaktor gegen die monopolistische Preiswillkür von Industriekonzernen und Handelsyndikaten.

Darum die immer heftiger werdende Bekämpfung der konsumgenossenschaftlichen Bewegung überhaupt, auf deren Basis die Entwicklung der GEG. beruht, sowohl seitens der Spitzenverbände der Industrie wie des Handels. Was den sinnfälligsten Ausdruck gefunden hat beim Zündholzmonopolgesetz, wo die 30 000 Kisten Kontingentsleistung der beiden Zündholzfabriken der GEG. mit einer jährlich um 1 130 000 RM. höheren Reichsabgabe belastet wurden, als die mengenmäßig gleiche Leistung des internationalen Ivar Kreuzerkonzerns. Außerdem auch bei der Sonderumsatzsteuer, die nur blindwütigen Haß der deutschen Volks- und Wirtschaftsparteiler gegen die Konsumgenossenschaften ihr Entstehen zu verdanken hat. Auch das Verbot der Gefrierfleisch-einfuhr ist darauf zurückzuführen, was eindeutig klar die Berliner „Allgemeine Fleischer-Zeitung“ zum Ausdruck brachte, indem sie jenes Verbot bezeichnete als „das radikalste und sicherste Mittel, die Vormachtstellung der Konsumvereine zu brechen oder wenigstens stark zu erschüttern“. Was dieses Verbot für Tausende von Arbeitslosen und minderbemittelten Familien der Konsumgenossenschaften bedeutet, zeigt der Geschäftsbericht der GEG. mit einer Belieferung von rund 10 Millionen kg Gefrierfleisch an 38 norddeutsche Konsumgenossenschaften mit einem um 35 Proz. niedrigerem Preise als Frischfleisch gleicher Qualität.

Die Fleischwarenfabriken der GEG. hatten einen Umsatz von 24 657 609 RM. (1928: 17 642 484 RM.), die Schlachtungen beliefen sich auf 61 159 Schweine und 4242 Rinder und Kälber mit einem Gesamt-schlachtgewicht von 6 166 970 kg. Außerdem wurden 65 Konsumgenossenschaften mit insgesamt 134 490 Stück Schlachtvieh beliefert. Man hat demnach einen im amerikanischen Ausmaße tätigen Großbetrieb vor sich, wie er in Deutschland nur auf konsumgenossenschaftlicher Grundlage durch Ausschaltung des Absatzrisikos denkbar ist.

In ähnlichen Ausmaßen arbeiten noch ca. 40 andere Fabrikations- und Veredelungsbetriebe für den Bedarf der Konsumgenossenschaften bzw. ihrer Mitglieder, worunter u. a. sich ein großes Butter- und Käseunternehmen befindet, in welchem 43 Sennereien im württembergischen und bayrischen Allgäu mit einer Milchbelieferung von 20 Millionen Liter beteiligt sind und ein Gesamtumsatz an Butter und Käse von 6 108 700 kg im Werte von 10,5 Millionen RM. erzielt wurde.

Volkswirtschaftlich bedeutsam ist auch die Tatsache, daß die Finanzierung dieses in seiner Eigenart größten Handels- und Produktionsunternehmens in Deutschland vollkommen unabhängig vom privaten Bankkapital durch die Konsumgenossenschaften allein geschieht. Ja, die GEG. hatte im Jahre 1929 bei der sogenannten Preußenkasse in Berlin, die landwirtschaftlichen und gewerblichen Genossenschaften mit Krediten aufzuheben hat, einen Einlagebestand von rund 15 Millionen RM., wofür sie und die ganze konsumgenossenschaftliche Bewegung von den kreditbedürftigen händlerischen Mittelständlern in der überelben Weise bekämpft werden. Was man den „Dank vom Hause Habsburg“ nennt. Der Gesamtumsatz der Bankabteilung der GEG. im Giro-, Bankeinlagen-, Devisen- und Wechselverkehr betrug im Jahre 1929: 3 376 448 000 RM., also rund 3,4 Milliarden, woraus sich anschaulich die Bedeutung und Größe dieser Handels- und Produktionszentrale der deutschen Konsumgenossenschaften ergibt.

Die Gesamtzahl der Beschäftigten betrug 7446 Personen mit einem Aufwand von 18 297 805 RM. für Gehälter und Löhne und 1 039 713 RM. Beiträgen zur Sozialversicherung, außerdem über eine halbe Million Beiträgen für Privatversicherung in der Pensionskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Eine soziale Leistung, an die ebenfalls kein privatwirtschaftliches Unternehmen heranreicht. Trotzdem, oder gerade deshalb ist die GEG. der verhaßte Wau-wau aller konsumvereinsfeindlichen Mittelständler und Handels- und Industrie-Syndikate.

Der Überschuß betrug 4 946 369 RM., wovon den „Aktionären“, die nur Konsumgenossenschaften sind, eine 5-Proz.-Kapitalverzinsung im Betrage von 740 867 RM. zufließt, während der Rest von 4 205 502 RM. den Produktions- und sonstigen Reserven überwiesen wird, um die genossenschaftliche Gütererzeugung noch weiter zu entwickeln. Die Mitglieder der Konsumgenossenschaften können mit größter Genugtuung diese Entwicklung ihres Unternehmens betrachten, das sie in ihrem ureigensten Interesse zu fördern bemüht sein werden.

Pfingstwanderung durch das östliche Erzgebirge



Blick vom Ausgang des Grundes zur Sperrmauer.



Erzwäschchen.

Dresden ist der Scheideweg, an dem man sich entschließen muß, ob man sich dem Zug der Reisenden anschließen will, die in der Sächsischen Schweiz Naturverbundenheit mit gesellschaftlichem Leben genießen wollen, oder ob man es vorzieht, abseits der großen Heerstraßen, die mit Karawanen von Autos und Wagen bevölkert und erfüllt sind, von dem Trubel und Leben der Reiselistigen, in das östliche Erzgebirge zu fahren, das heute noch zum größten Teil in unberührter Einsamkeit und stillem Frieden daliegt.

Uns zieht es hin, zur unverfälschten Natur, deshalb fällt uns die Wahl leicht.

Waldige Bergkämme winken schon in grünem Schimmer von weitem und geben uns ein Vorgefühl des künftigen Schwelgens in der Natur. Keuchend und stampfend arbeitet sich die Kleinbahn in 20 km Stundengeschwindigkeit den schluchtartigen Rabenauer Grund, der später in ein breites Tal ausläuft, aufwärts. Tief atmend stehen wir am offenen Fenster und genießen wohligh den würzigen Tannenduft der Wälder, der mit einem herben Harzgeruch durchsättigt ist.

Der Rabenauer Grund ist ganz dazu angetan, uns gleich einen Einblick in die gigantische Wildnis der Bergschluchten zu gewähren, wie sie allerdings, wie wir später bemerkten, nur noch vereinzelt in dieser Urwüchsigkeit vorkommen. Zu beiden Seiten der Schlucht ragen Felsmassen in grotesken Formen, stellenweise mit Moos bewachsen, aus den wuchtigen Stämmen der Hochtannen hervor. Auf dem Gipfel dieser Steingebilde zeichnen sich die von Wind und Wetter ge-

peitschten und daher die eigentümlichsten Formen angenommenen Tannen und Birken im Blau des Himmels ab, die sich nur infolge ihrer starken Wurzeln, die eisern in den Felsspalten verankert sind, erhalten können.

Im Grunde der Schlucht fließt die rote Weißeritz. Über Geröll und Steinblöcke, die das Flußbett ausfüllen, rauscht das Wasser.

Farrenkraut und allerlei Pflanzen umsäumen malerisch die Ufer, und zwischen den Steinen schießen lebhaft die silbernen Forellen in dem klaren Bergwasser herum.

Zur Regenzeit und zur Zeit der Schneeschmelze ist der jetzt so friedliche Bach in einen reißenden Strom verwandelt. Wild und ungezügelt stürzen die Wassermassen, alles mit sich reißend, donnern zu Tal, weit und breit ungeheure Verheerungen anrichtend. So erinnern sich ältere Leute dieser Gegend noch schauernd an die Katastrophen in früheren Jahren, vor dem Bau fester Ufermauern (3 bis 5 m) und Talsperren, wo ganze Ansiedlungen, vermischt mit den Trümmern der Brücken und entwurzelten Tannen wirbelnd von der Gewalt der abwärts stürzenden Fluten mit fortgerissen wurden.

Am Ende der Schlucht taucht ein hoher Steinwall auf, die Malterer Talsperre, bei Kreisort Dipoldiswalde. In ihr sammeln sich die Weißeritz und andere Gebirgsbäche, die dort gestaut, mit ihrer Kraft die umliegenden Ortschaften mit elektrischem Strom beliefern. In der Nähe der Stadt Dipoldiswalde liegt die sogenannte Heide. In ihr

trifft man riesige Sandsteinblöcke, Findlinge genannt, aus der Eiszeit an.

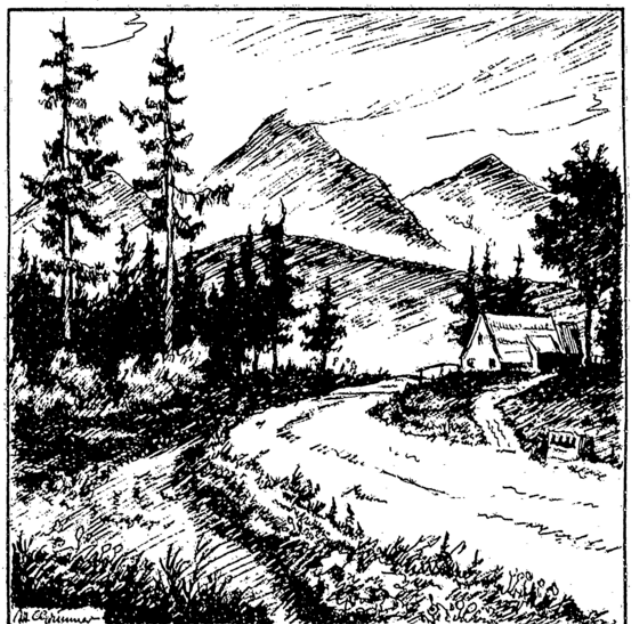
Aufwärts gelangt man nach dem Dorf Schmieberg. Umrahmt von dem dunklen Grün der Tannenwälder, der Bergwiesen und Felder, liegt der Ort idyllisch ausgebreitet. Dieses Fleckchen Erde ist so recht dazu angetan, den Zauber der Bergwelt empfinden zu können. Auf schmalen Pfaden, umsäumt von Buschwerk und Gesträuch, schreitet man im flimmernden Sonnenschein über duftende Wiesen, die in der bunten Farbenpracht der Glockenblumen, Margueriten, Wiesenschaukraut und anderer Kinder der Berge daliegen. Lange Gräser wiegen sich bei leisem Windhauch silberglänzend im Licht, Schmetterlinge gaukeln von Blume zu Blume, und das Zirpen der Grillen vermischt mit dem Jubilieren der Vögel und dem tiefen, beruhigenden Rauschen der Tannen vereinigen sich zu wehevoller Harmonie. Ab und zu trifft man kleine Herden von scheckigen Kühen und Ziegen an, die von ihrem jungen Hüter betreut, unter lustigem Glockengeläute weiden.

Keine Stunde entfernt, ändert sich das Bild wesentlich. Wir gelangen in den Teil der jetzt stillgelegten Erzgewinnungsindustrie (Erzbergbau), die infolge geringer Ausbeute zum größten Teil ruht.

An den kleinen Gebirgsbächen sind die halb verfallenen Erzwäschchen gelegen, in denen noch vor wenigen Jahren aus den gefördertsten Gesteinsmassen das Erz gewonnen wurde. Gewaltige Maschinen stehen untätig, in denen die Steine zu Staub gestampft, über heißen Öfen geröstet und



Grubenteich und alter, verfallener Grubeneingang.



Blick vom Kammweg ins böhmische Mittelgebirge.

dann das Metall in der Wäsche durch Siebe von wertlosem Sand geschieden wurde. Weiße Sandberge zeugen noch von früherer emsiger Tätigkeit.

Weiter im Hochwald aufwärts steigend, dessen dichtes Geäst kaum noch die Sonnenstrahlen zum Durchbruch kommen läßt, findet man plötzlich alte Grubenteiche vor, zum Zwecke des Antriebes der unterirdischen Treibräder angelegt, die wiederum zur Förderung des erzhaltigen Gesteins dienten. Am Rande des Teiches sieht man den alten, verfallenden Grubeneingang mit Holzgebälk, Eisenloren, Schienen und Resten von Grubengeräten. Eingebrochene Schachtanlagen, genannt „Bingen“, deuten noch auf die mühevollte Arbeit der „Kumpels“ hin. Schächte von 1 m Höhe durchziehen kreuz und quer das Erzreich.

Weiter aufwärts gelangt man auf das Plateau des Erzgebirges. Auch hier liegen, wie allerorts, die meisten Gruben still. Die Anwohner sind daher gezwungen, sich eine andere Erwerbsmöglichkeit zu suchen und betätigen sich in der Fabrikation von Spielwaren, Holzschnitzereien, Spitzenklöppeleien und anderer Heimindustrie, die sie nur notdürftig ernährt. Auch das Ackerland, von dem jeder der Häusler ein kleines Stück besitzt, trägt infolge seines schlechten Ertrages nur wenig dazu bei, die Notlage zu lindern.

Vom Plateau aus hat man einen grandiosen Fernblick zum böhmischen Mittelgebirge, dessen Bergkegel im blauen Dunst des Horizontes sich abzeichnen. Bei günstigen Wetterverhältnissen taucht auch östlich die Sächsische Schweiz mit König- und Lilienstein hervor.

Den Kammweg, der alten Heerstraße vom Riesengebirge bis zum Thüringer Wald westlich entlang, gelangt man zum Fichtelberg, dem höchsten Berg des Erzgebirges.

Südlich des Kammweges, nach Böhmen zu, fällt das Erzgebirge, das im sächsischen Teil flach aufsteigt, schroff ab.

Vereinzelt kommt in den ausgedehnten Forsten noch Hochwild vor. Im strengen Winter, wenn die Landschaft weit und breit im tiefen Schnee daliegt und die froststarre Eiskecke den Tieren jede Möglichkeit des Futtersuchens absperrt, die Zweige der Tannen sich unter der Schneelast beugen, ziehen ganze Scharen bis tief ins Flachland menschlichen Siedlungen entgegen. Futterkrippen helfen ihnen dann bis zum Frühling über die Not hinweg, bis zur Zeit der Schneeschmelze der Wald zu neuem Leben erwacht und das erste Grün zaghaft hervorbricht. *Arbi.*

Rundschau

Die Weltgewerkschaftsbewegung im Jahre 1928.

Die Mainnummer der Monatsschrift des Internationalen Gewerkschaftsbundes „Die Internationale Gewerkschaftsbewegung“ bringt eine ausführliche, 76 Länder umfassende Statistik der Weltgewerkschaftsbewegung (Stand vom 31. Dezember 1927 und 1928). Obwohl die Angaben verschiedener Länder (hauptsächlich der amerikanischen) mangelhaft sind, kann doch gesagt werden, daß diese Statistik einen verhältnismäßig genauen Überblick über die Gewerkschaftsbewegung der Welt ermöglicht.

Wir entnehmen der Monatsschrift nachstehende Angaben: Der Statistik zufolge wiesen die verschiedenen Weltteile am 31. Dezember 1928 fol-

gende Gesamtmitgliederzahlen auf: Europa: 35 392 081 (1927: 35 936 784); Amerika: 6 947 296 (1927: 7 416 491); Australien: 1 018 457 (1927: 991 652); Asien: 742 194 (1927: 3 697 800); Afrika: 90 497 (1927: 144 333); insgesamt 44 190 525 (1927: 46 187 060). Der prozentuale Anteil der einzelnen Weltteile an der Weltgewerkschaftsbewegung war am gleichen Datum: Europa: 80,1 (1927: 75,5); Amerika: 15,7 (1927: 16,1); Australien: 2,3 (1927: 2,1); Asien: 1,7 (1927: 8,0); Afrika: 0,2 (1927: 0,3).

Die Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisierten ist somit von 46 187 060 auf 44 190 525 im Jahre 1928, also um 1 996 535 (4,3 Proz.), zurückgegangen. Diese Abnahme ist vor allem dem Rückgang der Mitgliederzahlen in Asien zuzuschreiben. Jedoch auch Amerika und Afrika haben eine Abnahme der Mitgliederzahlen zu verzeichnen (auf Amerika kommen wir in diesem Zusammenhang weiter unten nochmals zurück, während in Europa und Australien eine Zunahme festgestellt werden kann).

Europa: Die Gesamtzahl der europäischen Gewerkschaften vergrößerte sich von 35 936 784 auf 35 392 081, also um 1 455 297 (4,3 Proz.). Die Zahl der Länder ging um 1 (Litauen) zurück.

18 Länder verzeichnen eine Steigerung der Mitgliederzahlen, und zwar: Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Island, Italien, Jugoslawien, Lettland, Luxemburg, Memel, Niederlande, Norwegen, Österreich, Rußland, Schweden, die Schweiz, Spanien und die Tschechoslowakei. Bemerkenswert ist die Zunahme in Deutschland, Finnland, Italien, Lettland, Luxemburg, Rußland, Spanien, Bulgarien, Memel, den Niederlanden. Bei den drei letzten Ländern ist die Steigerung jedoch wohl hauptsächlich auf die größere Vollständigkeit der Angaben zurückzuführen.

11 Länder erlitten einen Mitgliederrückgang, und zwar: Belgien, Estland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Litauen, Polen, Portugal, Rumänien und Ungarn. Auffallend sind die Verluste in Griechenland, Großbritannien, Litauen, Polen und Portugal. Von einem Land (Türkei) sind die Mitgliederzahlen unbekannt.

Amerika: Die amerikanischen Gewerkschaften erlitten nach unserer Statistik einen Mitglieder-rückgang von 7 416 491 auf 6 947 296, also um 469 195. In Wirklichkeit besteht jedoch eine so beträchtliche Abnahme nicht, da von 8 in der vorjährigen Statistik mit insgesamt 280 000 Mitgliedern angegebenen Ländern diesmal keine Angaben vorlagen. Besonders auffallend ist die Zunahme in den Vereinigten Staaten und der Rückgang in Mexiko.

Australien: Die Gesamtmitgliederzahl erhöhte sich von 991 652 auf 1 018 457. Während die Mitgliederzahl des australischen Kontinents um einige Hundert zurückging, ist in Neuseeland eine bedeutende Zunahme zu verzeichnen.

Asien: Hier ist ein ganz außerordentlicher Rückgang eingetreten, und zwar von 3 697 800 auf 742 194, also um 2 955 606 (über 80 Proz.). Die Hauptursache hierfür liegt in China, wo von der von den Kommunisten auf die Beine gestellten Gewerkschaftsbewegung fast nichts mehr übrig geblieben ist. Für Korea liegen keine neuen Angaben vor. Bemerkenswert ist die Zunahme der Gewerkschaftsmitglieder auf Ceylon.

Afrika: Auch hier ist eine starke Verringerung der Mitgliederzahl zu verzeichnen, und zwar von 144 333 auf 90 497, also um 53 836 (37,7 Proz.). Dieser Rückgang ist vor allem Südafrika zuzuschreiben.

Arbeitersport, Gewerkschaften und Partei

Es gab eine Zeit in der die Arbeiterturner und -sportler von Partei und Gewerkschaften nicht sehr freundlich beurteilt wurden. Es hieß, Turnen und Sport entzieht seine Anhänger der Arbeit für die Gewerkschaften und die Partei. Diese Meinung kann von denen, die die Bestrebungen der Arbeiterturner und -sportler kennen gelernt haben, nicht mehr aufrecht erhalten werden. Die Arbeitersportverbände sehen im Gegensatz zu den bürgerlichen Verbänden ihr Ziel nicht im Sport als Selbstzweck, sondern als Mittel zur körperlichen und geistigen Stärkung der Arbeiterklasse, zur Lösung ihrer sozialistischen Aufgaben. Das setzt voraus, daß die Funktionäre in den Arbeitersportverbänden mit den Arbeiterorganisationen, denen die Behandlung der Tagesfragen obliegt, Fühlung haben, daß sie Mitglieder der freien Gewerkschaften und Partei sind.

Der Arbeiter-Turn- und Sportbund, der mit 731 000 Angehörigen die größte Arbeitersportorganisation der Welt ist, hat unter seinen Funktionären Erhebungen über das Verhältnis zu den freien Gewerkschaften und Arbeiterparteien vorgenommen lassen, die sehr beachtenswerte Ergebnisse zeitigten. Auf den Kreistagen von 14 deutschen Kreisen des Bundes (die Kreise Württemberg, Nord- und Südbayern sind nicht einbezogen, da dort keine Feststellungen getroffen wurden) waren von 1752 Funktionären und Delegierten 1537 freigewerkschaftlich organisiert (87,7 Proz.). Der SPD. gehörten 1343 an (76,6 Proz.). Politisch nicht organisiert waren nur 19,9 Proz., die restlichen 3,5 Proz. entfallen auf Splitterparteien. Der niedrige Prozentsatz der Unorganisierten erfährt noch dadurch eine Abschwächung, daß die weiblichen Mitglieder verpflichtet sind zu delegieren, so daß bei den politisch Unorganisierten ein gewisser Prozentsatz auf die weibliche Jugend und bei den gewerkschaftlich Nichtorganisierten auf die verheirateten Frauen entfallen.

Lehrreich sind auch die Ergebnisse von Feststellungen in den Bundesvereinen über die Mitarbeit in den Parlamenten. In den 17 deutschen Kreisen wurden 9783 Bundesmitglieder gezählt, die Stadtverordnete oder Gemeindevertreter sind (einschließlich der zwei österreichischen Kreise 9919), in Kreis- und Bezirksamtsausschüssen arbeiten 1167 (einschließlich Österreich 1186) Bundesmitglieder, des weiteren sind 163 (178) Landtagsabgeordnete und 30 (36) Reichstagsabgeordnete Bundesmitglieder.

Inhaltsübersicht

Hauptteil: Warnung. / Nur Arbeitszeitverkürzung? . . . / Lohn und Miete.

Die Genossenschaft: Der Kampf gegen die Konsumgenossenschaften. / Ein konsumgenossenschaftliches Großunternehmen.

Verband und Beruf: Bekanntmachung. / Friede und Freundschaft zwischen den graphischen Organisationen. / Pfingsten. / Vermittlung von Arbeitskräften.

Pfingstwanderung durch das östliche Erzgebirge. Rundschau. / Anzeigen.



Ein faltboot für 158.- Mk.

gegen Monatsraten von ca. 12.- Mk. Billiger, gesünder und schöner als mit Wandern auf Flüssen und Seen können Sie Ihr Wochenende und Ihren Urlaub nicht verbringen. Das zerlegte Sonnlandboot haben Sie im Rucksack überall bei sich. Im Sonnlandzelt übernachten Sie kostenlos. Verlangen Sie den illustrierten Gratisprospekt M.

Sonnland-
faltbootbau, Rosenheim - Ar.

Zinkdruckplatten in Ia Lithographie-Qualität
Ia Auswaschfinktur Zinkzinksalz D R P.
Entsäuerungspulver, Schleifkugeln
sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck.
Karl Meß G.m.b.H., Berlin SO 36 Wiener Straße Nr. 56
Fernspr. Mor. 12289

FACHLITERATUR!

Die Illustrationsverfahren von Krüger. Zweite vermehrte und verbesserte Auflage. Preis inklusive Porto und Nachnahme, in Leinen 34.— RM.

Lehrbuch der Lithographie und des Steindruckes von Alois Senefelder. Preis inkl. Nachn. 11.70 RM.

Die Erfindung der Lithographie von F. Hansen. Preis inklusive Nachnahme 0.80 RM

Der praktische Umdrucker von Bernhard Enders. Preis inklusive Nachnahme 1.10 RM.

Das Tauschieren und Ätzen der Metalle von G. Schweikhard und W. v. Falkenstein. Preis inklusive Nachnahme 1.60 RM.

Das Berechnungswesen des Steindruckes von Alfred Weck. Preis inklusive Nachnahme und Porto 1.90 RM

Zu beziehen durch Conrad Müller, Sägeuditz-Leipzig.